

Objektyp: **TableOfContent**

Zeitschrift: **Mitteilungen des Statistischen Bureaus des Kantons Bern**

Band (Jahr): - **(1934)**

Heft 16

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Inhaltsverzeichnis.

I. Die Armenrechtsverhältnisse im allgemeinen und in der Schweiz im besonderen.

	Seite
§ 1. Das Wesen der Armut	7
§ 2. Die Ursachen der Verarmung	8
§ 3. Die Armenpolitik (Soziale Fürsorge)	9
1. Allgemeines	9
2. Grundsätze der Armenpolitik	10
3. Die Unterstützungspflicht	11
4. Die Unterstützungsart	11
5. Der Umfang der Unterstützung	13
6. Die Versorgungsart	13
§ 4. Die Aufgaben der Armenpflege	14
1. Allgemeine Aufgaben	14
2. Die Fürsorge für Kinder	16
3. Die Fürsorge für Erwachsene	18
§ 5. Die Unterstützungspflichtigen	18
1. Allgemeines	18
2. Die Verwandtenunterstützungspflicht	19
3. Die Unterstützungspflicht der Gemeinden	21
a. Das Heimortunterstützungsprinzip	21
b. Das Geburtsortunterstützungsprinzip	27
c. Das Wohnortsunterstützungsprinzip	28
4. Die Staatsarmenpflege	30
5. Die interkantonale Armenpflege	31
a. Die gegenwärtige Lage	31
b. Das Bundesgesetz von 1875 über die Kosten der Verpflegung und Beerdigung armer Angehöriger anderer Kantone	32
c. Das interkantonale Konkordat betreffend die wohnörtliche Unterstützung	33
d. Die Vereinbarung betreffend die Unterstützung von Bedürftigen, die mehrere Kantonsbürgerrechte besitzen	39
6. Die Armenpflege für Ausländer und Auslandschweizer	40
§ 6. Die Beschaffung der Mittel für die Armenpflege	42
1. Die Systeme	42
2. Die Mittel der Gemeinden	43
3. Die Mittel des Staates	43
4. Der Alkoholzehntel	43
§ 7. Die Rückerstattungspflicht	44

II. Die Armenausgaben von Kantonen und Gemeinden im Jahre 1931.

§ 8. Einleitung	45
§ 9. Die Armenausgaben in den Kantonen	51
1. Kanton Zürich	51
2. Kanton Bern	53
3. Kanton Luzern	57
4. Kanton Uri	59
5. Kanton Schwyz	60
6. Kanton Obwalden	62
7. Kanton Nidwalden	62

	Seite
8. Kanton Glarus	64
9. Kanton Zug	65
10. Kanton Freiburg	67
11. Kanton Solothurn	69
12. Kanton Basel-Stadt	71
13. Kanton Basel-Land	73
14. Kanton Schaffhausen	75
15. Kanton Appenzell A.-Rh.	77
16. Kanton Appenzell I.-Rh.	79
17. Kanton St. Gallen	81
18. Kanton Graubünden	83
19. Kanton Aargau	85
20. Kanton Thurgau	87
21. Kanton Tessin	89
22. Kanton Waadt	91
23. Kanton Wallis	93
24. Kanton Neuenburg	95
25. Kanton Genf	97
§ 10. Die Verwendung des Alkoholzehntels	98
§ 11. Die Ausgaben des Bundes für Armenzwecke	99
§ 12. Zusammenfassung	100

III. Die Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes nach einer Karenzfrist mit besonderer Berücksichtigung der bernischen Verhältnisse und der Revision des § 104 des bernischen Armen- und Niederlassungsgesetzes.

§ 13. Die gegenwärtige Regelung in den Kantonen	105
§ 14. Die Karenzfrist nach § 104 des bernischen Armen- und Niederlassungsgesetzes	107
1. Allgemeines	107
2. Zweck und Vorteile der Karenzfrist	108
3. Nachteile der Karenzfrist	109
§ 15. Etat- und Wohnsitzstreite im Kanton Bern	110
§ 16. Massnahmen zur Verminderung der Wohnsitz- und Etatstreite und Vorschläge zur Revision des § 104 des bernischen Armen- und Niederlassungsgesetzes	111
1. Allgemeines	111
2. Aufhebung oder Einschränkung der Unentgeltlichkeit der Wohnsitz- und Etatsstreite	115
3. Aufhebung des Unterschiedes zwischen dauernd und vorübergehend Unterstützten	115
4. Ueberweisung der Unterstützungspflicht für dauernd Unterstützte ausschliesslich an den Staat und für vorübergehend Unterstützte ausschliesslich an die Gemeinden	118
5. Verzicht auf die Karenzfrist	119
a. Die Regelung im Kanton Zürich	120
b. Die Regelung im Kanton Neuenburg	121
c. Die Regelung in Deutschland	122
d. Zusammenfassung	123
6. Lösungen in Verbindung mit der Beibehaltung der Karenzfrist	124
a. Einbeziehung mehrerer Gemeinden in die Unterstützungspflicht	125
b. Gründung von Gemeindeverbänden zur Durchführung der Armenpflege mit Einschluss von Bezirksarmenverbänden	126
Schlussbemerkungen	128